

GEORGE SOROS

im Gespräch mit Gregor Peter Schmitz

Wetten auf Europa

*Warum Deutschland den
Euro retten muss, um sich
selbst zu retten*



DVA

SPIEGEL
BUCHVERLAG

GEORGE SOROS

im Gespräch mit

Gregor Peter Schmitz

Wetten auf Europa

GEORGE SOROS

im Gespräch mit Gregor Peter Schmitz

Wetten auf Europa

*Warum Deutschland den Euro retten muss,
um sich selbst zu retten*

Deutsche Verlags-Anstalt



Verlagsgruppe Random House FSC® No01967
Das für dieses Buch verwendete FSC®-zertifizierte Papier
Munken Premium Cream liefert Arctic Paper Munkedals AB, Schweden.

1. Auflage

Copyright © 2014 Deutsche Verlags-Anstalt, München,
in der Verlagsgruppe Random House GmbH
und SPIEGEL-Verlag, Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Typographie und Satz: Brigitte Müller/DVA

Gesetzt aus der Caslon

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

ISBN 978-3-421-04632-1

www.dva.de

»Ich saß in einem großen Wartesaal, und der hieß Europa. Acht Tage später fährt der Zug. Das wußte ich. Aber wohin er fuhr und was aus mir werden sollte, das wußte kein Mensch. Und jetzt sitzen wir wieder im Wartesaal, und wieder heißt er Europa! Und wieder wissen wir nicht, was geschehen wird. Wir leben provisorisch, die Krise nimmt kein Ende.«

ERICH KÄSTNER, *Fabian*

INHALT

9 Einleitung

KAPITEL 1

27 »Eine Reaktion auf den Horror« –
Die Wurzeln der europäischen Einigung

51 *Gespräch*

»... denn sonst zerplatzt der Traum
einer europäischen Union«

KAPITEL 2

73 »Leiden reinigt« – Die Mythen der Krise

96 *Gespräch*

»Nationale Souveränität ist ein Wert geworden,
den sich nur noch wohlhabende Staaten
leisten können«

KAPITEL 3

117 »Als die Politik ihre Macht über
die Märkte verlor« –
Die Rolle der Spekulanten

- 133 *Gespräch*
»Ich werbe nicht für politische Weichenstellungen,
um Profit zu machen«

KAPITEL 4

- 155 »Krise als Chance« – Die Zukunft Europas
- 169 *Gespräch*
»Wir brauchen endlich eine politische Union«
- 187 Epilog
- 191 Literatur

EINLEITUNG

Es war ihr vielleicht stolzester Moment, ihr erster unumstrittener Wahlsieg nach zwei Zitterpartien zuvor. Angela Merkel stand auf der Bühne des Konrad-Adenauer-Hauses in Berlin, gerade hatten die Meinungsforscher ihr für diesen 22. September 2013 einen satten Triumph vorhergesagt, sogar eine absolute Mehrheit von CDU/CSU schien möglich. Merkels Anhänger hielt es nicht mehr auf den Sitzen, aus den Lautsprechern erklang »Tage wie diese« von den Toten Hosen, Fraktionschef Volker Kauder schnappte sich ein Mikrofon und sang lauthals mit. Hermann Gröhe schien ein Deutschland-Fähnchen schwenken zu wollen, das ihm jemand auf die Bühne gereicht hatte. Doch nicht mit der Kanzlerin. Angela Merkel nahm ihrem Generalsekretär das Fähnchen aus der Hand und brachte es von der Bühne. Dabei schüttelte sie missbilligend den Kopf.

Die Symbolik war unverkennbar: Selbst im größten Triumph wollte die Kanzlerin sich nicht in deutschem Nationalismus ergehen – schließlich schaute der Rest Europas, der die Bundestagswahl zur »Europawahl« erklärt hatte, zu. Die Menschen in den krisengebeutelten Ländern, in Spanien, Italien oder Griechenland, sollten keinen ausgelassenen Nationalstolz in deutschen Parteizentralen zu sehen

bekommen. Merkels Intervention half jedoch wenig. Am Tag darauf titelte die spanische Tageszeitung *El Mundo*: »Merkel, Merkel über alles«, und die griechische Zeitung *Ta Nea* schrieb: »Europa wird Merkel-Land«.

Wie konnte es dazu kommen? Weshalb kann ein Land, das eine Führungsrolle in Europa ablehnt, vielen wieder als rücksichtslose Vormacht erscheinen, gar als dominante Besatzungsmacht? Warum werden Hakenkreuz-Flaggen geschwenkt, wenn Angela Merkel die griechische Hauptstadt Athen besucht? Weshalb wird kurz vor Beginn der griechischen EU-Ratspräsidentschaft Ende Dezember 2013 mit Maschinengewehren auf die Residenz des deutschen Botschafters in Griechenland gefeuert? Wie konnte die »deutsche Frage« mit solch einer Wucht zurückkehren – in einer Zeit, da Deutschland doch zu den wichtigsten Kreditgebern für die EU-Krisenländer gehört? Der an der Universität Bonn lehrende Historiker Dominik Geppert schreibt in seinem Buch *Ein Europa, das es nicht gibt*: »Einige politische Schlagworte der Juli-Krise von 1914 – die ›Einkreisung‹, der ›Blankoscheck‹, die ›Flucht nach vorn‹ oder der ›Sprung ins Dunkle‹ – gewinnen im Jahr 2013 eine ungeahnte Aktualität.« Ähnlich sieht es offenbar auch der ehemalige Außenminister Joschka Fischer; bereits im Juni 2012 bemerkte er in einem Beitrag für die *Süddeutsche Zeitung* düster: »Im 20. Jahrhundert hat Deutschland zweimal mit Krieg bis hin zu Verbrechen und Völkermord sich selbst und die europäische Ordnung zerstört, um den Kontinent zu unterjochen. Es wäre eine Tragödie und Ironie zugleich, wenn jetzt, zu Beginn des

21. Jahrhunderts, das wiedervereinigte Deutschland, diesmal friedlich und mit den besten Absichten, die europäische Ordnung ein drittes Mal zugrunde richten würde.«

Es sind verwirrende, ja geradezu beängstigende Fragen. Insbesondere, wenn man sie mit Szenen aus dem Bundestagswahlkampf 2013 garniert, in dem die neu gegründete Partei Alternative für Deutschland »Euro-Verbrennungen« vor dem Brandenburger Tor veranstaltete – mit dem Argument, man erlebe derzeit in Deutschland die größte Geldvernichtung seit der Inflation von 1923. »Eine weitere Anspielung auf jene Krisenzeiten der Demokratie«, wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* kommentierte, lieferte Parteichef Bernd Lucke, als er nach einem angeblichen Angriff auf ihn während einer Wahlkampfredede von »Schlägertrupps wie seinerzeit in der Weimarer Republik« sprach.

Diese Krisenzeiten herrschen in einem Europa, in dem bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014 den Euro-Skeptikern und den antieuropäischen Parteien aus Griechenland, Spanien, Großbritannien, Belgien, Frankreich oder eben Deutschland ein Stimmenanteil von insgesamt 30 Prozent vorhergesagt wird. So warnt auch Frankreichs Präsident François Hollande: »Das EU-Parlament könnte zum großen Teil aus Anti-Europäern bestehen. Es besteht die echte Gefahr einer Lähmung.«

*

Dieses Buch handelt von Deutschland und der Krise, auch von der Krise seines politischen Führungspersonals. Es ist aber zugleich ein Buch über Europa, über die Schwächen

seiner Institutionen und deren Zukunft. Denn diese beiden Pole – die deutsche Krise und die europäische Malaise – sind nicht voneinander zu trennen, schließlich sollte die Europäische Union sich gemäß ihrer Gründungsidee von den Nationalstaaten fort hin zu einem Staatenbund bewegen. »In den Römischen Verträgen wie später auch im Vertrag von Maastricht war ausdrücklich vom Ziel einer ›immer engeren‹ Einheit die Rede. Der Nationalstaat, so Walter Hallstein, der erste und bislang einzige deutsche Kommissionspräsident, sei ›nicht das unveränderte Maß aller politischen Dinge‹. In dieser Sichtweise ging es nicht um die Rettung der Nationalstaaten, sondern um deren Aufhebung. Die Vereinigten Staaten von Europa als europäischer Bundesstaat waren das Ziel«, schreibt Dominik Geppert.

Die große und verbindende Ambition war also, dass irgendwann nicht mehr in Berlin, Paris oder London regiert und entschieden wird, sondern auf europäischer Ebene. Und diese Ambition gehörte in Deutschland auch lange zum politisch guten Ton. Noch 1989 versicherten deutsche Spitzenpolitiker, Intellektuelle und Wirtschaftverteter George Soros im Gespräch, dass es keine deutsche, sondern nur eine europäische Außenpolitik gebe. Und in den Jahren der Euro-Einführung lautete Helmut Kohls erklärter Leitspruch, ein vereintes Deutschland sei nur in einem vereinten Europa denkbar.

Doch dieser Konsens ist erschüttert. Angela Merkel, so fürchtet ihr Biograph Stefan Kornelius, habe sich innerlich längst von dem Gemeinschaftsmodell verab-

schiedet. Die Nationalstaaten müssten sich ihrer Ansicht nach selbst aus der Misere befreien, sie seien schließlich auch selbst dafür verantwortlich. Im Bundestagswahlkampf 2013 sprach Angela Merkel nicht länger von »mehr Europa« wie die allermeisten ihrer Vorgänger, sondern schlug vor, dass Kompetenzen auch wieder an die Nationalstaaten zurückübertragen werden könnten – was einem »weniger Europa« gleichkam. Einen »Tabubruch der deutschen Außenpolitik« nannte der Brüsseler Politologe Jan Techau derlei Gedankenspiele. Es zwingt sich der Eindruck auf, Merkel glaube schlicht nicht mehr an die Gestaltungskraft europäischer Institutionen, allen voran der Europäischen Kommission, und begnüge sich lieber mit bilateralen Lösungsansätzen, in denen Deutschland den Ton angibt. Muss man also mit dem Berliner Wunsch nach einem »deutschen Europa« rechnen? Tritt an die Stelle der engen politischen Einheit die »Tragödie der Europäischen Union«, wie sie der amerikanische Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman bereits aufziehen sieht?

Noch vor wenigen Jahren befanden sich das Projekt der europäischen Einigung und die Gemeinschaftswährung Euro auf einem Höhenflug: Der Politologe Jeremy Rifkin erläuterte 2004 in *Der europäische Traum* unter großem Beifall, warum Europa – und nicht die USA – das Vorbild der Welt sei, ebenso der Brite Mark Leonard, Mitgründer und Direktor des Thinktanks European Council on Foreign Relations, der im Jahr 2005 seine Denkschrift *Warum Europa die Zukunft gehört* veröffentlichte. Der-

artige Thesen erschienen zu dieser Zeit keineswegs als vermessen. Das Projekt der europäischen Einigung hatte nicht nur für die längste Friedensperiode auf dem Kontinent seit dem 16. Jahrhundert gesorgt. Es hatte auch eine Generation geprägt, die dank unkomplizierter Grenzübertritte und einer einheitlichen Währung so harmonisch und multinational zusammenlebte wie wohl keine Generation zuvor. Historiker sollten in ferner Zukunft auf eine Epoche zurückblicken können, in der auf 7 Prozent der Weltbevölkerung 32 Prozent des Welthandels und 50 Prozent der globalen Sozialleistungen entfielen.

Ein Ende dieses Booms schien nicht in Sicht, der Begriff »Europa« war eng verknüpft mit wirtschaftlichem Fortschritt, ob nun in Form niedrigerer Telefentarife, in Form von Subventionen für Sizilien oder verarmte Regionen Portugals (und, bisweilen vergessen, für strukturschwache deutsche Landstriche), in Form von Industrieneubauten in Irland oder Spanien oder generell in Form des Euro-Beitritts, der weiteren wirtschaftlichen Aufschwung versprach. Der Harvard-Politologe Joseph Nye erkannte an, dass die EU-Erweiterungspolitik ein weltweiter Exportschlager geworden war – gerade in Abgrenzung zum Nation-Building-Desaster der USA im Irak und in Afghanistan. Und die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot nannte Europa im Vergleich zu den USA gar die »echte Moderne«, da sich seine Erweiterung freiwillig vollzogen habe.

Die Gemeinschaftswährung Euro wurde zu dieser Zeit ebenso euphorisch gepriesen wie der Staatenbund: Unmittelbar vor Ausbruch der Euro-Krise jubelte die Europäi-

sche Kommission noch darüber, wie gut sich die neue Währung zehn Jahre nach ihrer Einführung entwickelt habe. »Der Euro ist eine Erfolgsgeschichte«, hieß es vielerorts überschwänglich. Und Deutschland? War nach harten Krisenjahren längst wieder ein Exportweltmeister und stand als wirtschaftliche Lokomotive der Euro-Zone auch als Herz des Kontinents da – vor dem niemand mehr Angst haben musste.

Führte diese Hybris zwangsläufig zur Tragödie? Heute, im fünften Jahr der Krise, kommt einem der europäische Traum längst wie ein Alptraum vor, aus dem der Kontinent noch immer nicht erwacht ist. In Staaten wie Spanien oder Griechenland ist beinahe jeder zweite junge Mensch ohne Arbeit, die Menschen dort werden sich auf Jahrzehnte der Stagnation einstellen müssen. Es drohe eine Zerstörung der Sozialstaatsgrundlagen und die Herausbildung einer neuen europäischen Unterklasse, wie der Soziologe Ulrich Beck in seinem Buch *Das deutsche Europa* fürchtet.

*

In den Gesprächen mit George Soros werden vier Kernfragen verhandelt, die Europa angesichts dieser epochalen Krise nicht länger ignorieren kann, will es ein »vereinter Staatenbund« sein, der sich aus politisch und wirtschaftlich gleichberechtigten Partnern zusammensetzt, will es als Global Player agieren:

1. WO LIEGT DER URSPRUNG DER EUROPÄISCHEN UNION?

Es wird sich zeigen, ob sich die Gemeinschaft an ihre einmalige historische Ursprungsidee – die Erkenntnis, dass auf einem kriegerischen Kontinent Friede nur durch Kooperation dauerhaft möglich ist – erinnert. Hält diese Idee den Kontinent auch in wirtschaftlichen Krisenzeiten zusammen? Kann sie auf europäischer Ebene ähnlich verbindend wirken wie das amerikanische Motto »We the People«? Oder droht ein Rückfall in nationale Egoismen, die den Kontinent einst entzweiten?

2. WIE KONNTE ES ZUR EURO-KRISE KOMMEN?

Die Fehleranalyse klingt oft verblüffend einfach: Staatsversagen und Verschwendung in den Krisenländern. Doch ist es wirklich so simpel? Der Euro-Krise lagen nicht nur staatliche Schuldenexzesse wie in Griechenland zugrunde, sondern auch der Strukturfehler einer Währungsunion, die ohne politische Union funktionieren sollte und in der Länder mit großen Handelsüberschüssen (beispielsweise Deutschland) und solche mit großen Defiziten vereint wurden. Erst wenn diese Tatsache von den europäischen Playern anerkannt wird, kann es zur Einigung über den geeigneten Weg aus der Krise kommen.

3. WIE IST DAS VERHÄLTNIS VON POLITIK UND MARKT?

Ist Europa nur noch ein Spielball globaler Finanzinvestoren, oder können Politiker noch etwas gegen die Märkte ausrichten? Verstehen sie diese überhaupt? Oder benutzen sie die Kritik an den Spekulanten als Vorwand, um von den Strukturschwächen des von ihnen entworfenen und kontrollierten Systems abzulenken? Und hätten die Spekulationen früher eingedämmt werden können, wenn die Reaktionen auf die ersten Krisensymptome geschlossener ausgefallen wären, etwa in Form einer kollektiven Haftung für öffentliche Schulden in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten?

4. IN WELCHE RICHTUNG BEWEGT SICH DIE EUROPÄISCHE UNION?

Viele führende Politiker in Europa haben lange auf eine »Politik der kleinen Schritte« vertraut, angetrieben durch akute Krisen. Aber reicht das aus, oder braucht Europa einen sogenannten »Philadelphia-Moment«, also den epochalen Schritt zu einer echten politischen Union, wie ihn die ersten Kolonien in den Vereinigten Staaten von Amerika wenige Jahre nach ihrer Unabhängigkeitserklärung mit der Ratifizierung des Verfassungsentwurfs vollzogen haben? Und welche Schritte müssten einem solchen Durchbruch folgen? Etwa eine Sozialunion, eine Haftungsunion, vielleicht eine gemeinsame europäische Staatsbürgerschaft?

»Euro Trashed« titelte die *New York Times* im März 2010 über das europäische Krisenmanagement. Und während des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes 2012 dekretierte das *Wall Street Journal*, jeder Bewerber für das Weiße Haus müsse vor allem eines klarstellen: dass Amerika sich ja nicht in Europa verwandele, in einen nicht nur überalterten, feigen, konservativen, sondern auch hoch verschuldeten Kontinent. Die Reaktionen schwanken demnach zwischen Schadenfreude und echter Besorgnis. Was in dieser epochalen Krise aber weitgehend fehlt, sind Vermittler: zwischen Amerika und Europa, wichtiger noch: zwischen den Staaten innerhalb Europas, und wohl am wichtigsten: zwischen Deutschland und dem Rest Europas.

Ein solcher Vermittler muss alle Beteiligten daran erinnern, dass die Währungsunion auch als politisches Projekt angelegt war, was manche ihrer Strukturschwächen besser verstehen hilft. Er muss des Weiteren erklären, weshalb die Europäische Union nicht bloß der Rahmen für eine Währungsgemeinschaft ist, sondern weit mehr: eine »Rückversicherung, dass Europa weiter eine Rolle in der Welt spielt«, wie es der ehemalige Premier Großbritanniens Tony Blair nannte. Und er muss eine brauchbare Abwägung finden: zwischen dem Umstand, dass Deutschland in der Tat nicht im Alleingang die Union zusammenhalten kann, auf der anderen Seite aber auch keineswegs das »Euro-Opfer« ist, als das es sich gerne darstellt (sondern im Gegenteil maßgeblich von der europäischen Einigung und dem Entstehen der Euro-Zone profitiert hat). Ein solcher Vermittler muss Deutschland erklären,